

Initiative Sozialistisches Forum  
**Der kleinbürgerliche Charakter in Aktion**  
*Sozialpsychologisches zu den Ereignissen in und um Krefeld. und Loccum*

Aus: Initiative Sozialistisches Forum  
*Frieden – je näher man hinschaut desto fremder schaut es zurück.*  
*Zur Kritik einer deutschen Friedensbewegung*  
 Freiburg (ça ira – Verlag 1984), S. 121 – 139

### Die Vorfälle: Krefeld und Loccum

Zwei Ereignisse machten Furore im Vorfeld des sog. 'heißen Herbstes'. In Krefeld wurden am 25. Juni 1983 ungefähr 2000 Autonome und Antiimperialisten planmäßig zusammengeschlagen, als sie versuchten, der Jubelfeier zum 300. Jahrestag der ersten deutschen Auswanderung nach Nordamerika einen den wirklichen Zuständen würdigen Rahmen zu geben und den eigens angereisten US-Vizepräsidenten Bush angemessen zu empfangen. Der bundesdeutschen Medienwelt bot sich ein willkommener Anlaß, wieder einmal ihre Blei- und Lichtsatzwüsten mit reißerischen Fotos aufzulockern. Aufnahmen prügelnder SEKler, blutender Demonstranten, erboster Passanten und verängstigter Anwohner sowie Bilder kriegerischer Fronten (zeigend die Phalanx behelmter und beschuldigter Staatsdiener in Uniform oder den schwarzen Block der Autonomen und Antiimperialisten) steigerten den Adrenalinpiegel mancher Leser schon beim Frühstück. – Parallel zum „Bush-Krieg“ in der Innenstadt fand eine Kundgebung weiterer 30 - 40.000 Friedensbewegter auf der Festwiese statt, was die Frankfurter Rundschau zu der lakonischen Meldung veranlaßte, daß diese Veranstaltung der Friedensbewegung 'ohne Zwischenfälle' verlief. Mit markigen Worten distanzieren sich Sprecher dieser Friedensfeier schon am selben Tag von den Ereignissen in der Krefelder Innenstadt: der künftige Streit um die Frage 'Gegengewalt' oder 'gegen Gewalt' war abzusehen.

Ebenso heftig umstritten waren die Ereignisse um Loccum. Zu einer für den 23./24. September 1983 geplanten Klausurtagung der Evangelischen Akademie in Loccum mit dem Thema „Konfliktaustragung und innerer Friede“ luden die Veranstalter nicht nur namhafte Vertreter der Friedensbewegung, sondern auch gewichtige Prominente der Gegenseite, unter ihnen die Staatssekretäre Sudhoff und Spranger sowie Stümper und Saer, ihres Zeichens Polizeichefs von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Beizutragen zur Deeskalation sollte die politische Aufgabe der Klausurtagung sein.

„Nun sag, wie hast du's mit der Religion?“ läßt Goethe das biedere Gretchen den launigen Verführer Faust fragen, und in leichter Abwandlung stellt sich auch der Friedensbewegung diese Frage: „Nun sagt, wie haltet ihr's mit der Gewalt?“ Damit endet die Analogie aber auch schon. Während Faust die Beantwortung der Frage geschickt umgeht, zur Tat schreitet und Gretchens Mutter einschläfern läßt, um sich in der Kammer der Geliebten austoben zu können, verliert sich die Friedensbewegung im Gestrüpp ihrer Fragestellung. Endlos und in sich kreisend debattiert sie über das Für und Wider von Gewalt und Polizeigesprächen, ganz verspannt im Hier und Jetzt. Unfähig, aus dem Mühlrad ihrer eigenen Argumente auszubrechen, reagieren große Teile der Bewegung mit Erklärungen und Gegenerklärungen, ohne dem eigentlichen Problem auch nur ein bißchen näher zu kommen: Die einen betonen ihre Gewaltfreiheit aus Prinzip, die anderen beharren auf der Notwendigkeit militanter Aktionen. Gebannt wie das Kaninchen auf die Schlange starren diese Friedensbewegten auf die Gewaltfrage und die von ihrem Dunstkreis vernebelte Frage nach der Einschätzung von Polizeigesprächen.

Als Auslöser für diese Debatte nur bürgerliche Politiker und Medien zu sehen, greift zu kurz. Natürlich haben der Staat und seine Anhängsel ein vitales Interesse daran, den Diskussionen eine ihnen genehme Richtung zu geben. Denn gelänge es ihnen, die Friedensbewegung entlang der Gewaltfrage zu spalten und gemäß dem Motto 'divide et impera' – teile und herrsche – zu unterwerfen, dann wäre das natürlich in ihrem Sinne. – Auch werden die Diskussionen um Gewalt von der Friedensbewegung nicht als taktisches Mittel im publizistischen Dschungel verstanden. Denn wer es nicht versteht, sich mittels Sensationen in der Presse zu behaupten, der wird in der bürgerlichen Öffentlichkeit ignoriert, auch wenn sein Anliegen noch so berechtigt ist. Ein paar Steinwürfe und die Debatte um sie waren in den letzten Jahren mehrfach öffentlichkeitswirksamer als manche Kartons voll mit Flugblättern, Presseerklärungen und anderen Druckerzeugnissen. – Doch wäre die Gewaltfrage nur ein staatlich verordnetes oder ein taktisches Problem, dann würde die Diskussion nicht mit solch enthusiastischem Interesse geführt und verfolgt. Für die Friedensbewegung ist diese Frage eine prinzipielle, und hier regieren andere Kräfte als die eben genannten. Sie und ihre Herkunft wollen wir im weiteren herausarbeiten und erklären. Unser Ziel ist es, durch eine Veränderung der Fragestellung aus dem 'Teufelskreis' Gewaltfrage auszubrechen. Das Für und Wider von 'Gegengewalt' und 'gegen Gewalt' kann nämlich nicht nur politisch diskutiert werden, da – und dies ist unsere zentrale These – die Debatte auch und zu einem großen Teil von

unbewußten Elementen strukturiert wird. Es gilt, diese verdrängten Inhalte bewußt zu machen.

### Die Reaktionen: Erklärungen, Statements, Leserbriefe ...

Der Krefelder 'Bush-Krieg' zog zahlreiche Geplänkel nach sich. Während die 40.000 auf der Krefelder Festwiese einerseits beifällig applaudierten, als ein chilenischer Genosse über die aktuellen Auseinandersetzungen in seinem Land berichtete und forderte, den aktiven Volkswiderstand auch in der BRD zu organisieren, waren sie sich andererseits ebenso, einig, als es um Verurteilung und Distanzierung von den Autonomen und Antiimperialisten bzw. ihren 'Ausschreitungen' in der Innenstadt ging.<sup>1</sup> Ex-General Bastian meinte, daß diejenigen, die vom Prinzip der Gewaltfreiheit abweichen, „mit uns nichts zu tun“ haben<sup>2</sup>; der Arbeitskreis Krefelder Friedenswoche, der Veranstalter der Aktion, distanzierte sich von den „Krawallbrüdern“ (FR vom 27.6.), und auch der Bonner Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung setzte sich deutlich von den Autonomen ab: „Die Friedensbewegung erklärt klar und deutlich, daß ihre Aktionen nur mit gewaltfreien Mitteln durchgeführt werden. Wer Gewalt anwendet, stellt sich außerhalb der Friedensbewegung und schadet ihren Zielsetzungen“ (taz v. 29.6.). In dieselbe Bresche schlugen GRÜNE und SPD<sup>3</sup>: es wird eine Trennungslinie errichtet zwischen den 'Gewaltfreien' und den 'Gewalttätigen'. Differenzierte Stellungnahmen sind die Ausnahme, sie bleiben in der Minderheit.<sup>4</sup>

Liest man die einzelnen Dokumente der Distanzierungen, so entsteht der Eindruck, als sei die Ausgrenzung von 'Gewalttätern' für bestimmte Teile der Friedensbewegung ein Überlebensproblem. Es geht ganz überwiegend nicht um die Frage, mit welchen Mitteln, taktischen und strategischen, das Ziel politisch zu erreichen wäre, sondern es geht um das Prinzip der Gewaltfreiheit.

So argumentiert Eva Michels von der Aktion Sühnezeichen in ihrem Leserbrief in der taz vom 4.7.83, daß der „Erfolg' der Aktivitäten der 2000 Autonomen (...) nicht der Friedensbewegung nützlich (ist), sondern den Kohls und Zimmermanns“. Sie fürchtet, daß damit diesen Herren „der Akt geliefert worden (ist), mit dem sie ihre Herbstoffensive gegen die Friedensbewegung starten können. Dabei geht es dann nicht um Inhalte, sondern um gewalttätige Linksradikale und Autonome“. Um dies zu vermeiden und um zu erreichen, daß die Bewegung 'mehrheitsfähig' wird, muß sie gewaltfrei sein. Denn „Dezentralisation, Phantasie und Gewaltfreiheit“ sind die „mächtigsten Widerstandsformen“ der Friedensbewegung, „weil das nicht zusammengeknüpelt und durch gängigen Sprachgebrauch in den bürgerlichen Medien neutralisiert werden kann“. Die Konsequenz dieser Argumentation: „Wer gewalttätig ist, gehört nicht zur Friedensbewegung, das gilt für die 'streetfighters' wie für die Bundeswehr“.

Die Argumentation beruht auf folgender Struktur: Aus Angst, den Diskurs mit den Herrschenden wegen der Aktionen der Autonomen und Antiimperialisten nicht inhaltlich führen zu können, folgt die Befürchtung, daß die Friedensbewegung nicht mehrheitsfähig werden könnte. Das ist eine Gedankenführung, über die man auf den ersten Blick politisch diskutieren, die man ablehnen oder befürworten kann. Um die Problematik dieses Politikverständnisses aufzuzeigen zu können, wollen wir uns erst einmal mit den damit verbundenen Konsequenzen beschäftigen. Denn was folgt für Eva Michels aus ihren Argumenten? Sie spaltet die Friedensbewegung in einen guten, gewaltfreien Teil, den sie kräftig idealisiert („mächtigste Widerstandsform“) und realitätsfern einschätzt (warum soll eine gewaltfreie Aktion nicht 'zusammengeknüpelt' oder in den 'bürgerlichen Medien neutralisiert' werden können?), und in einen bösen, gewalttätigen Teil, den sie ausgrenzt (Streetfighter und Bundeswehr gehören für sie in dieselbe Kategorie). Alles, was nur annähernd nach Gewalt riecht, ist ihr suspekt, muß mit allen Mitteln aus der Friedensbewegung ausgeschlossen werden. So meint sie zu Krefeld: „Die Gewalttäter gehören nicht zur Friedensbewegung, das ist doch klar. Wir haben im Koordinierungsausschuß noch nicht über Vorgehensweisen gegen Gewalttäter diskutiert. Aber meine persönliche Meinung ist, daß das Vorgehen der Polizei (d.h. das Zusammenknüpfeln der Autonomen und Antiimperialisten, d.V.) berechtigt war“ (taz vom 11.7. 83) – ein wahrhaft merkwürdiges Argument für eine 'Gewaltfreie'.

Welches Staats- und Politikverständnis ergibt sich nun aus dieser Gedankenführung? Es wird deutlich, wenn man die Argumentation von Eva Michels von einer anderen Seite auf zieht: Weil es Gewalttäter gibt, kann die Friedensbewegung nicht mehrheitsfähig werden. Und sie kann deshalb nicht mehrheitsfähig werden, weil sie durch die Gewalttäter vom Prinzip der Gewaltfreiheit abgeht. Gewaltfreiheit aber ist das oberste Prinzip dieser Bewegung, dem sich alles andere unterzuordnen hat: sie ist nämlich „Mittel und Ziel“ zugleich.

In der Konsequenz führt eine solche Argumentation zu einem Standpunkt, wie ihn Egbert

<sup>1</sup> Siehe taz vom 27.6.1983

<sup>2</sup> Krefeld am 25.6.83. Eine Dokumentation. Hrsg. v. Barbara Lukas u.a., Hamburg 1983 (zitiert als K)

<sup>3</sup> Zu den Grünen s. K 26 und FR vom 28.6.; zur SPD s. K 30 und FR vom 28.6. Zur SPD vgl. auch die Rede von Innenminister Herbert Schnoor in der Sondersitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen über Ursachen und Verlauf der Krefelder Auseinandersetzungen, dokumentiert in der FR vom 16. und 18.7.83.

<sup>4</sup> Beispiel s. K 25

Jahn, Professor am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt und Forschungsgruppenleiter an der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, vertritt: „Gewaltfreier Widerstand“, schreibt er in der FR vom 2.9.1983, „ist keine Technik, kein bloßes Mittel, nicht allein ein Weg, die beliebigen Zielen dienen; sondern gewaltfreier Widerstand ist ein Mittel und ein Weg zum Ziel der Versöhnung aller Menschen.“ In der Politik geht es daher gar nicht um die Frage überindividueller Machtstrukturen, die den Einzelnen ebenso bestimmen wie die 'große Politik', sondern um persönlich zu treffende Entscheidungen: „Gewaltfreie Aktionen (...) üben Druck aus, nicht Zwang. Der Gegner behält die Freiheit zu entscheiden, ob er sich dem gewaltfreien Druck beugt oder sein bisheriges Verhalten beibehält.“ Politik beschränkt sich somit einerseits auf die Aufgabe, Politiker und Staatsmänner davon zu überzeugen, daß sie richtige, d.h. moralisch vertretbare Entscheidungen treffen: und der Staat ist dann nichts anderes als der Zusammenschluß solcher Personen in verschiedenen Gremien, denen die oberste Autorität zugehört. Andererseits aber muß entsprechend dieser Politikvorstellung die eigene Weste sauber bleiben. Jahn distanziert sich deshalb von jeder gewalttätigen Aktion, selbst „sogenannte gewaltfreie Blockaden“ sind ihm zuviel: „Sie sind lediglich nichtgewalttätige, aber keine gewaltfreien Aktionen“, werden doch durch solche Aktivitäten „nur mittelbare 'Gegner', wie etwa LKW- oder Busfahrer zu „einem bestimmten Tun oder Unterlassen“ gezwungen; und das kann Jahn ethisch und moralisch nicht verantworten.

Von dieser Position her wird verständlich, warum große Teile der Friedensbewegung so engagiert mit Distanzierungen und Ausgrenzungen auf die Aktion der Autonomen und Antiimperialisten reagieren. Gewaltfreiheit wird nicht begriffen als (im Moment vielleicht einzig mögliches) Mittel, den herrschenden Verhältnissen politisch beizukommen, sondern als allgemeinem menschliches Prinzip, das über der Politik steht und der Friedensbewegung die moralische Integrität verschafft, damit sie überhaupt politisch handeln kann. Denn nur wer gewaltfrei ist, kann – so meinen diese Friedensbewegten – für sich beanspruchen, von den Herrschenden ernstgenommen zu werden. Dies ist die Voraussetzung für den politischen Diskurs, für die persönliche Überzeugungsarbeit, für das Gespräch mit den Politikern und Staatsmännern auf der Ebene gleichberechtigter Bürger. Von dieser 'inhaltlichen' Auseinandersetzung erhoffen sie sich politische Veränderung: Eine Illusion, die letztmals die Aufklärer des 18. Jahrhunderts begraben mußten. Daß die Politiker lediglich „Charaktermasken“ sind, hinter denen die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse wirken, erkennen sie nicht. Die Folge dieser Ansicht ist dann die z.T. rigorose und brutale Ausgrenzung all derer, die sich diesem Prinzip nicht beugen.

Seine konsequente Fortsetzung findet diese Haltung in der Einschätzung der Loccumer Gespräche. Befragt, worin der Sinn der Tagung bestehe, antwortet Jo Leinen, einer der Befürworter solcher Gespräche: „Wir wollen uns mit der Polizei darüber verständigen, daß die Aktionen beider Seiten gewaltfrei ablaufen. Ziel einer gewaltfreien Aktion ist ja, daß sie berechenbar ist“ (taz vom 11.7.83). Auch hier steht wieder jene doppelte Illusion dahinter, daß man es auf der einen Seite nur irgendwie schaffen muß, mit den Polizisten von Mensch zu Mensch zu reden. Denn kann man sie von der moralischen Integrität der Friedensbewegung überzeugen, dann werden sie schon nicht zuschlagen. Auf der anderen Seite gilt es, das gewalttätige Potential durch Absprachen mit der Polizei aus der Friedensbewegung auszugrenzen. W. Brinke, Geschäftsführer der Aktion Sühnezeichen, will daher 'gewalttätige Gruppen' von Gewaltlosen 'abschirmen lassen', um eine Grenzverwischung zu verhindern. „Wer Gewalt gegen Menschen oder Sachen anwendet“, so argumentiert er in der taz vom 11.7.83, „grenzt sich selber aus der Friedensbewegung aus.“

Wie reagierten nun die Autonomen und Antiimperialisten auf die Krefelder Ereignisse, wie schätzten sie ihr Vorgehen und ihre Chancen ein? In der Krefeld-Broschüre schrieben einige Hamburger Autonome eine Stellungnahme zu den Vorfällen. Sie gehen davon aus, daß es nicht genügt, „nur an die Herrschenden zu appellieren, indem wir (d.h. die Autonomen, d.V.) uns der totstellenden Menschenwall-Demo zum Sprödenthalplatz anschließen, sondern wir wollten die Propagandashow durch praktischen und direkten Widerstand verhindern“ (K 32). Sie glauben, durch ihre Aktionen wie beispielsweise die Steinwürfe auf die Fahrzeugkolonne, in der sich „Kohl, Bush und Konsorten“ spazierenfahren ließen, das Jubelfest für Bush empfindlich gestört zu haben. „Wir haben es in Krefeld geschafft, durch alles, was dort gelaufen ist, eine Situation herbeizuführen, in der die Bullen teilweise die Kontrolle verloren haben, wodurch sie Fehler machten, die wir nutzen konnten.“ (K 33)

Mit was für einer Strategie solch ein Vorgehen verbunden werden kann, wird deutlich, wenn man den Leserbrief von Thomas B. in der taz vom 1.7.83 liest. Er wirft der Friedensbewegung vor, sie glaube an „den schönen Traum von der plötzlichen Bekehrung eines Herrn Bush oder Reagan“. Er dagegen, der sich zur Mili-Szene rechnet, meint, das einzige Mittel, „noch zu verhindern, daß solche Krieger mal auf den berühmten Knopf drücken“, sei es, „ihnen Angst zu machen“, „Angst vor der Angst des Volkes“, das sich aus „Überlebensangst“ wehren wird.

Ähnlich argumentiert Karsten in seinem Leserbrief in der taz vom 11.7. Er wirft den „linksintellektuellen Bücherwürmern und Friedenstänzern hier im Lande“ vor, zwar die Revolutionäre in El Salvador und Nicaragua mit Geld zu unterstützen, gleichzeitig aber im eigenen Land

nichts wirksames gegen den gemeinsamen Feind, den US-Imperialismus, zu unternehmen. Er redet der Militanz das Wort, denn: „Nichts fürchtet die Regierung Kohl mehr als militante Auseinandersetzungen im Herbst“. Er liefert auch gleich die Begründung: „dies schadet (nämlich) dem Ansehen der Republik und stellt auch ihre Position in der NATO in Frage“.

Parallel zu der Überzeugung, „daß wir (Autonome, d. V.) dort (in der Krefelder Innenstadt, d. V.) mehr erreicht haben als z.B. die Zeugen Jehovas in der Friedensbewegung“ (Thomas B. in der taz vom 1.7.), geht ein larmoyantes Lamentieren über die böse, feindliche Umwelt. Das liest sich dann so: „Wir ca. 50 sind auch später noch mit unseren Plakaten verstreut durch die (Krefelder) Fußgängerzone gegangen, vorbei an den Shows der Cowboy Clubs, den Hillbilly-Bands und den Straßencafe genannten Leichensammelplätzen. Ich bin angespuckt worden, man hat mehrmals versucht, mir mein Plakat wegzureißen, und von den Schimpfworten ganz zu schweigen (ich bin weder Punk noch Skin, habe mittellange Haare und trug ein omo-weißes Hemd)“ (ebd.). Oder so: „Der Herbst wird dazu benutzt werden, die Militanten endgültig abzuspalten und abzuräumen.“ (Diskussionspapier der Autonomie, taz vom 12.7.83). Die .einigen, die – zumindest ihrer Meinung nach – wirkungsvoll gegen den Staat kämpfen, sind, so könnte man die widersprüchliche Struktur zusammenfassen, gleichzeitig auch immer die Opfer – aber nicht irgendwelche, sondern: Märtyrer.

Daß dieses Spektrum der Friedensbewegung Polizeigespräche, wie in Loccum geplant, ablehnt, ist aus dem vorher Gesagten abzuleiten. So zitiert die taz vom 11.7.83 einen an den Krefelder Auseinandersetzungen Beteiligten, der sich selbst zum „Schwarzen Block“ rechnet. Er sagt zu Loccum: „Da wird geplant, wie den Friedensleuten der Wind aus den Segeln genommen wird. Beim kalkulierbaren Protest werden die Massen ja schon im Vorfeld verhökert.“ Und die Hamburger Autonomen meinen bezüglich der Gespräche in der Evangelischen Akademie: „Sich auf solche Gespräche einzulassen, ist ein eindeutiger Widerspruch zu dem Ziel, die Stationierung hier zu verhindern.“ (K 35)

Versuchen wir, ein Resümee zu ziehen. Auffallend ist, daß große Teile der Friedensbewegung das Prinzip der absoluten Gewaltfreiheit vertreten. Gewaltfreiheit wird nicht begriffen als eine Strategie, die sich aus der Analyse der Verhältnisse ergibt, sondern als allgemein menschliches Prinzip, dem sich jede Politik unterzuordnen hat. Demzufolge hat nur der, der gewaltfrei ist, die Legitimation und die Chance für den 'inhaltlichen' Diskurs mit den Herrschenden. Wer aber gegen dieses Prinzip verstößt, der wird rigoros aus der Friedensbewegung ausgegrenzt und als der Gegenseite zugehörig begriffen. – Auf der anderen Seite zeichnet sich die Argumentation der Autonomen und Antiimperialisten dadurch aus, daß sie den Gegner – völlig realitätsfern – angreifen, ausschalten und vernichten wollen. Ein Steinwurf auf das Fahrzeug, in dem ein Repräsentant der Gegenseite sitzt, wird dann schon als Erfolg gefeiert; und überhaupt: „Reaktionen haben nur 2000 Autonome erreicht, die dafür auch kräftig zusammengeprügelt wurden“ (Karsten, taz vom 11.7.83). Größen- und Allmachtsphantasien, Opferideologie und Märtyrertum gehen hier in eins. – Wir wollen nun versuchen, diese Phänomene mit Hilfe einiger soziologischer und psychoanalytischer Überlegungen zu klären.

## Die Hintergründe: Mittelschichten – Krisenbewußtsein – Spaltungsphantasien

Die Friedensbewegung rekrutiert sich überwiegend aus den Mittelschichten, genauer: aus dem sog. neuen Mittelstand.<sup>5</sup> Diese Schicht setzt sich vor allem aus Beschäftigten im sozialen Bereich zusammen, Lehrer, Sozialarbeiter, Pfarrer, Künstler, Journalisten, Studenten dieser Richtung etc. Von diesem sozialen Ort werden ihre Politikvorstellungen, ihre Einschätzungen und Lösungsversuche verständlich. Waren die Mittelschichten bis weit in die siebziger Jahre hinein staatstragend und konform zu den gegebenen Zuständen, so ändert sich dies Mitte der siebziger Jahre. Es entstanden neue soziale Bewegungen, die auf verschiedenen gesellschaftlichen Feldern versuchten, die Verhältnisse zu verändern. Sei es nun die Bürgerinitiativ-, die Ökologie-, die Frauen- oder die Alternativ-, die Jugend- oder die Friedensbewegung – ihnen allen ist gemeinsam, daß ihre Träger in ihrer überwiegenden Zahl aus mittelständischen Familien stammen, größtenteils über eine hohe Schulbildung verfügen und – materiell gesehen – relativ gesichert sind.<sup>6</sup> Es stellt sich die Frage, wieso sich diese Schichten den neuen Protestbewegungen anschließen bzw. sie konstituieren.

<sup>5</sup> Vgl. Michael Vester: Thesen zur Klassen- und Schichtstruktur und zu den Entwicklungsperspektiven der neuen sozialen Bewegungen. In: *FR* vom 5.4.83 (Dokumentationsseite). Dort heißt es: „Es gibt ... Gründe zu der Annahme, daß wir Zeuge einer historischen Neuformierung und Neuradikalisierung der Mittelschichten sind. Wichtige Teile der alternativen sozialen Bewegungen entstammen dem Bildungs- und Reformmittelstand, der vor allem durch Umschichtungen seit den 60er Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Der Anteil an Schul- und Hochschulausbildung und überhaupt an nichtkörperlicher Arbeitsqualifikation hat erheblich zugenommen, ebenso der technischen und intellektuellen Berufsgruppen, die mit programmierenden, überwachenden, sozial steuernden und dienstleistenden Funktionen von Wirtschaft und Staat angewachsen sind.“

<sup>6</sup> K.-W. Brand, D. Büsser, D. Rucht: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*. Ffm. 1983 (zitiert als B)

In ihrem Buch über die neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik vergleichen Brand, Büsser und Rucht die Zukunftserwartungen der Bundesbürger Ende der sechziger Jahre mit denen Ende der siebziger Jahre. Dominierte in den Antworten von vor über 10 Jahren noch die Hoffnung auf allgemeinen Fortschritt durch eine rasante technologische Entwicklung, so fürchten sich Ende der siebziger Jahre immer mehr Bundesbürger vor der Zukunft. Der Mythos vom allseitigen Fortschritt durch die Technik ist zusammengebrochen, die Aufbruchstimmung ist zunehmend einem umfassenden Zukunftspessimismus gewichen: „Nicht die Erreichung anspruchsvoller Ziele, sondern die Wahrung des Bestandes, die Abwehr von möglichen Katastrophen standen nun im Vordergrund.“ (B 75)

Dieser Bewußtseinswandel erklärt sich aus den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen und den daraus folgenden sozialen Umbrüchen. In den Jahren nach 1945 vermochte sich das Kapital auf immer höherer Stufenleiter zu reproduzieren und hohe Profite abzuwerfen. Erstmals gerät die deutsche Wirtschaft 1966/67 in die Krise, die jedoch durch verstärkte Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsprozess rasch überwunden werden kann. Die Folge war eine immer engere Verzahnung von Staat und Wirtschaft<sup>7</sup> sowie strukturelle Veränderungen: „Die Ausweitung des Dienstleistungssektors, insbesondere des Bereichs der Humandienstleistungen, die Verlängerung der Ausbildungsphase (und damit der Adoleszenz), die Öffnung von Bildungseinrichtungen usw. begünstigten (...) einen Wertewandel in Richtung postmaterieller Orientierungen und eine erhöhte Sensibilität gegenüber Sinnproblemen und Fragen der Lebensqualität.“ (B 76) Der sozialliberalen Koalition gelingt es, auf der Basis einer wieder florierenden Wirtschaft weite Teile der Mittelschichten und der Facharbeiter durch ihre Reformvorhaben an sich zu binden. Sie tritt auf als Garant für eine bessere, humane Welt.

Seit Mitte der siebziger Jahre schlägt die Krise der Weltwirtschaft jedoch auch auf Deutschland durch. Folge ist eine politische Tendenzwende, angelegt unter der Kanzlerschaft Schmidt, endgültig vollzogen unter der Regierung Kohl. Nahezu alle Reformvorhaben wurden unter dem Druck der veränderten, sich ständig verschlechternden wirtschaftlichen Situation aufgegeben. Dadurch aber gerieten jene Schichten in Opposition zum sozialliberalen Staat, die gehofft hatten, daß durch die sozialliberalen Reformen ihre Utopie von einer postmateriellen Welt verwirklicht würde: insbesondere also die neuen Mittelschichten. Aber nicht nur, daß ihre Vorstellungen (wie etwa' Chancengleichheit durch eine Bildungsreform, die Idee vom Sozialstaat, humanere Lebens- und Arbeitsbedingungen durch Arbeitszeitverkürzung) nicht realisiert wurden, bedrückte diese Schichten. Langfristig fürchten sie auch, daß sich außerdem ihre Lebensbedingungen infolge der wirtschaftlichen Krise verschlechtern.<sup>8</sup>

All diese Veränderungen führten zu einem subjektiven Krisenbewußtsein, zu jenem Zukunftspessimismus, den wir vorhin beschrieben haben. Verschiedene Reaktionen auf diesen gesellschaftlichen Zustand sind möglich. Während die Facharbeiter, die wie die neuen Mittelschichten Träger des sozialliberalen Reformprogramms waren, verstärkt nach rechts tendieren und CDU wählen, koppeln sich insbesondere die Beschäftigten im Sozialbereich zwar ebenfalls von der SPD ab, arbeiten aber entweder bei den Grünen mit (dem vermeintlich kleineren Übel vom kleineren Übel) oder konstituieren die neuen sozialen Bewegungen, wobei es zahlreiche Berührungspunkte und Übergänge gibt. Sie artikulieren den Protest anders. Das Krisenbewußtsein erzeugt in diesem Fall keinen Rechtsschwenk, sondern es heftet sich an Symptome, die in einem besonders krassen Gegensatz zu den postmateriellen Werten stehen: an die Zerstörung durch den atomaren Holocaust, die Tradierung überholter Handlungs- und Wertvorstellungen und das Problem von Hunger, Armut und Unterdrückung in der Dritten Welt.

Jede gesellschaftliche Krise erhöht die Grundangst des einzelnen. Das war in den Pestjahren des 14. Jahrhunderts und der Zeit des Dreißigjährigen Krieges nicht anders als heute. Die Angst wird scheinbar gebändigt, tatsächlich aber intensiviert durch erhöhte Religiosität, Mystizismen und Irrationalismus. Der verstärkte Zulauf zu Sekten und das gewaltige Anwachsen der spirituell beeinflussten Psychoszene dokumentieren diesen Prozeß in der Gegenwart. Man reagiert also auf die Krise, indem man sein Heil in magischen und irrationalen Konfliktlösungen sucht.<sup>9</sup>

Solche Konfliktlösungen greifen auch in der Friedensbewegung. Der Zusammenbruch der

<sup>7</sup> Der Staat übernimmt neue Aufgaben: er kompensiert ansatzweise Schäden, die durch die zunehmende Vergesellschaftung durch das Kapital angerichtet werden, er reagiert auf Prozesse der zunehmenden Arbeitsteilung von Kopf- und Handarbeit wie auf gestiegene Qualifizierungsanforderungen seitens der Wirtschaft (Umschulungen, Öffnungen der Hochschulen, Ausbildung von Ingenieuren etc.). Damit treibt der Staat notwendige Modernisierungsprozesse voran – allerdings entlang gesellschaftlicher Machtpositionen; dies hätte es mit sich gebracht, daß die Reformen auch ohne Weltwirtschaftskrise gescheitert bzw. kapitaladäquat umgeformt worden wären.

<sup>8</sup> Vgl. hierzu Andreas Büro: *Zwischen sozial-liberalem Zerfall und konservativer Herrschaft. Zur Situation der Friedens- und Protestbewegungen in unserer Zeit*. Offenbach 1982

<sup>9</sup> Vgl. hierzu Martin Wangh: Narzismus in unserer Zeit. Einige psychoanalytisch-soziologische Überlegungen zu seiner Genese, in: *Psyche* 37 (1983), H. 1, 16-40 sowie Horst Petri: Atomare Bedrohung und Psychoanalyse, in: *Psyche* 37 (1983), H. 6, 555-567 und B. Volmerg, U. Volmerg, Th. Leithäuser: *Kriegsängste und Sicherheitsbedürfnis. Zur Sozialpsychologie des Ost-West-Konflikts im Alltag*. Ffm. 1983, 15 ff.

Gruppenphantasie vom allseitigen technologischen Fortschritt, von dem sich gerade diese Schichten aus den sechziger Jahren eine schöne neue Welt erhofft haben, sowie die Desillusionierung der Mittelschichten bezüglich der sozialliberalen Reformversprechen, auf die sie in den siebziger Jahren ihre Hoffnungen gesetzt hatten – und dies alles unter den Bedingungen einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise –, lösen verstärkt Angst und Wut aus. L. de Mäuse hat gezeigt, wie dieser Konflikt unbewußt durch Spaltung gelöst werden kann: „Die unterdrückte, narzißtische Wut wird auf einen Feind gerichtet, während die unerfüllte Liebe und Grandiosität auf die Gruppe selbst projiziert werden.“<sup>10</sup> Dieser Mechanismus strukturiert aber nicht nur das Verhalten der Friedensbewegung bezüglich der atomaren Drohung, wie dies Ute Volmerg gezeigt hat: d.h. die Friedensbewegung spaltet in böse 'Sicherheitspolitiker', die den atomaren Holocaust planen, und in echte, gute Friedensfreunde.<sup>11</sup> Sondern dieser Mechanismus bestimmt auch das Verhalten großer Teile der Friedensbewegung zu sich selbst.

Wir wollen jetzt zunächst erklären, wie dieser Mechanismus genetisch entsteht, und dann versuchen, aus ihm heraus das Verhalten der Friedensbewegung zu sich selbst transparent zu machen.

Mit Spaltungsphantasien löst das Kind einen frühen Konflikt: die widersprüchliche Reaktion auf die Trennung von der Mutter.<sup>12</sup> Erfährt sich der Säugling nämlich noch als eins mit der Mutter, so löst sich diese Einheit infolge der biologischen Reifung und der mütterlichen Versagungen mit der Zeit auf. Die psychische Geburt des Kindes beginnt. Es erkennt allmählich, daß es unabhängig von ihm eine Außenwelt [nämlich die Mutter: sie ist das erste Objekt der Außenwelt, welches das Kind wahrnimmt) gibt, die sich nicht immer entsprechend seinen Wünschen verhält. Diesen Prozeß des Selbständigwerdens erlebt das Kind zum Teil lustvoll (es hat beispielsweise Spaß an der Entwicklung seiner Motorik, wenn es laufen lernt) und es entwickelt Vorstellungen von der eigenen Grandiosität. Gleichzeitig erfährt es diesen Prozeß auch schmerzhaft, wenn das Kind erkennt, daß es abhängig ist von der Mutter. Dies löst Angst und narzißtische Wut aus, da die eigene Grandiosität bedroht ist.

Das Kleinkind macht somit eine widersprüchliche Erfahrung: Auf der einen Seite erlebt es seine Autonomie lustvoll, auf der anderen Seite wird die mit der Autonomie verbundene Trennungserfahrung als bedrohlich erfahren. Das Kind löst nun diesen Konflikt durch Spaltung: es versucht, sich als das gute Teilobjekt (d.h. die nährende, bergende Mutter, die das Kind in seiner Autonomie unterstützt) zu erhalten, sich mit ihm zu identifizieren; und es wehrt das böse Teilobjekt (d.h. die versagende, zurückweisende Mutter, die die Autonomie des Kindes behindert, indem sie sich nicht entsprechend der kindlichen Phantasie verhält) ab, versucht es zu vernichten.

Zwei Verhaltensstrategien sind durch Spaltung möglich: 1.) Entweder das Kind schlägt sich ganz auf die Seite des allmächtigen Objekts und muß dann versuchen, diese Identifikation mit dem guten Teilobjekt dadurch aufrechtzuerhalten, daß es alle aggressiven Anteile abspaltet, nach außen projiziert und dort vernichtet. 2.) Oder es betont die Grandiosität des Selbst, fühlt sich allmächtig. Die Außenwelt gehorcht dann nicht mehr den eigenen Gesetzen, sondern nur noch dem grandiosen Selbst. Realität wird nur selektiv wahrgenommen: alles, was das grandiose Selbst stärkt, wird registriert, alles andere ignoriert und verleugnet.

Erst wenn es dem Kind gelingt, die guten und bösen Mutterbilder zu einem einheitlichen Mutterbild zu verschmelzen, kann es zu reiferen Objektbeziehungen und damit zu einem realitätsgerechteren Verhalten gelangen. Es entwickelt stabile Bilder von sich und seiner Umwelt; und dies ist eine zentrale Voraussetzung für ein funktionstüchtiges Ich, das sich allmählich herausbildet. Das Ich versucht nun als Vertreter des Realitätsprinzips zwischen Es-Trieben, die auf sofortige Bedürfnisbefriedigung drängen, und den Anforderungen der Außenwelt zu vermitteln.

Im Verlauf des Ödipuskomplexes werden dann die elterlichen Wünsche, Anforderungen und Gebote internalisiert; sie bilden das Über-Ich, dessen Funktion es ist, das Ich in seiner Abwehr von bestimmten Es-Antrieben zu unterstützen. Damit aber erhält es Macht über das Ich und kann es beispielsweise mit Schuldgefühlen und Gewissensbissen unterdrücken.

Ein spezieller Teil des Über-Ichs ist das Ich-Ideal, in das die idealisierte Elternimago eingegangen ist und das ebenfalls auf das Ich einwirkt: es soll sich so verhalten, wie die guten Eltern, die das Kind idealisiert hat, es wollen. Das Ich reagiert auf diesen moralischen Druck, indem es versucht, sich entsprechend den Anforderungen des Ich-Ideals zu verhalten. Damit aber gerät das Kind in Konflikt mit der Außenwelt, repräsentiert beispielsweise durch die Eltern. Es stellt nämlich fest, daß die Eltern selbst nicht nur immer 'gut' sind, sondern auch 'böse', d.h. sie halten sich nicht an ihre eigenen Normen, wenn sie z.B. das Kind beherrschen und unterdrücken. Darum entwickelt es Wut auf sie. Diese Wut aber darf es nicht äußern, das verbietet das Über-Ich; sie muß verdrängt werden und darf sich nur in entstellter Form äußern, z.B. in wohlwollender Kritik

<sup>10</sup> Zitiert nach U. Volmerg: Folie ä deux. Friedensbewegung und Abschreckungsexperten auf dem Weg in die Apokalypse, in: *Friedensforschung aktuell* Nr. 7/1983, 3

<sup>11</sup> Ebd.

<sup>12</sup> Vgl. hierzu und zum folgenden: Otto F. Kernberg: *Borderline-Störungen und pathologischer Narzißmus*. Ff m (4) 1980, 40 ff.; Carl Pietzcker: *Einführung in die Psychoanalyse des literarischen Kunstwerks*. Würzburg 1983, 43 ff.

etc. Je größer aber die Wut ist, um so stärker muß sie verdrängt werden, und um diese Verdrängungsleistung zu stabilisieren, greift das Kind dann auf frühkindliche Konfliktlösungen zurück, z.B. auf Spaltungsphantasien: es geht ganz auf die Seite des idealisierten Objekts und wehrt alle bösen Anteile ab. Das Ich kann auf diesen Druck des Ich-Ideals – gerade dann, wenn es nicht allzu stark ausgebildet ist – aber auch reagieren, indem es sich gegen dessen Anforderungen wehrt. Um diesen Konflikt aber bestehen zu können, kann es frühe Phantasien wiederbeleben: die von der eigenen Grandiosität.

Bevor wir uns nun der Sozialpsychologie der Friedensbewegung zuwenden und untersuchen, wie unbewußte Mechanismen das Verhalten großer Teile der Friedensbewegung strukturieren, müssen wir den Zusammenhang von Individual- und Sozialpsychologie klären. Freud schrieb hierzu: „Die Individualpsychologie ist zwar auf den einzelnen Menschen eingestellt und verfolgt, auf welchen Wegen derselbe die Befriedigung seiner Triebregungen zu erreichen sucht, allein sie kommt dabei nur selten... in die Lage, von den Beziehungen dieses einzelnen zu den anderen Individuen abzusehen. Im Seelenleben des einzelnen kommt ganz regelmäßig der andere als Vorbild, als Objekt, als Helfer und als Gegner in Betracht, und die Individualpsychologie ist dabei von Anfang an auch gleichzeitig Sozialpsychologie in diesem erweiterten, aber durchaus berechtigten Sinne.“<sup>13</sup>

In diesem Fall aber ist die Sozialpsychologie immer noch Individualpsychologie, denn sie spürt dem Lebensschicksal eines Individuums nach, das relativ zufällig ist. Demgegenüber fragt die Sozialpsychologie nach Verhaltensweisen von Gruppen, Schichten und Klassen. „Sie fragt nach den den Mitgliedern einer Gruppe gemeinsamen seelischen Zügen, und sie versucht, diese gemeinsamen seelischen Haltungen aus gemeinsamen Lebensschicksalen zu erklären. Diese Lebensschicksale liegen aber nicht – je größer die Gruppe ist, um so weniger – im Bereich des Zufälligen und Persönlichen, sondern sie sind identisch mit der sozialökonomischen Situation eben dieser Gruppe. Analytische Sozialpsychologie heißt also: die Triebstruktur, die libidinöse, zum großen Teil unbewußte Haltung einer Gruppe aus ihrer sozialökonomischen Struktur heraus zu verstehen.“<sup>14</sup>

Unser Gegenstand ist das Verhalten der Friedensbewegung, deren Mitglieder sich in ihrer überwiegenden Zahl aus dem Mittelstand rekrutieren. Ihrer besonderen Stellung im Produktionsprozeß entsprechen bestimmte Sozialisationschicksale: die Ausbildung des Über-Ichs erfolgt in dieser Schicht besonders stark, weil nur so der permanenten Gefahr des sozialen Abstiegs entgegengearbeitet werden kann. Und dieses Spezifikum bestimmt die Sozialpsychologie der Friedensbewegung, was wir nun bezüglich ihres Verhaltens zu den Ereignissen in und um Krefeld und Locom zeigen wollen.

Da ist einmal die zahlenmäßig starke Fraktion, die die Politik moralisiert, sich dem Prinzip der Gewaltfreiheit unterwirft, ohne es aus den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen abzuleiten, und alle die aus der Friedensbewegung ausgrenzt, die sich diesem Prinzip nicht beugen.

Wie läßt sich dies erklären? Die Utopie von Gerechtigkeit und Sozialstaat, wie sie gerade die Mittelschichten ausgebildet haben, ist durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre zunehmend brüchig geworden, Realstaat und Idealstaat klaffen weit auseinander. Dies erzeugt Wut gegenüber diesem Staat, auf den man so viele Hoffnungen gesetzt hatte. Da diese Wut aber nicht offen gezeigt werden darf (sicherlich nicht nur aus psychischen Gründen), sondern verdrängt werden muß, äußert sie sich anders: das Verdrängte kehrt in entstellter Form wieder. Die Wut nimmt die Form wohlwollender, moralischer Kritik an. Diese Kritik funktioniert nach dem einfachen Schema 'Papa hat gerülpt, er ist ein Ferkel'. Denn nur so kann man es wagen, Kritik zu äußern: man argumentiert von der Position des Ich-Ideals aus und kommt so mit der Forderung des Über-Ichs ('Du sollst Vater und Mutter lieben') nicht in Konflikt.

Wenn man allerdings vom Ich-Ideal aus argumentiert, dann kritisiert man die Welt nur im Namen der idealisierten Eltern; von der Bevormundung durch sie kann man sich nicht freimachen, man ist innerlich fest an sie gebunden. Da sich aber im Verhältnis zum Staat das Verhältnis zu den Eltern reproduziert, ist man auch hier nicht zu einer wirklichen Kritik fähig: Der Staat wird vom idealen Staat her kritisiert, seine realen Grundlagen – Hegemonie, gepanzert durch Zwang (Gramsci) – werden nicht erkannt, geschweige denn in Frage gestellt.

Da diese Kritik aber von Wut gespeist wird, muß man alle aggressiven Anteile sorgsam ausgrenzen: man betont und unterwirft sich dem Prinzip der Gewaltfreiheit. Genau wie das Kind aus Angst vor den Eltern auf die Rebellion verzichtet, signalisiert dieser Teil der Friedensbewegung dem Staat die Unterwerfung, zeigt, daß man ihn wegen seines Verhaltens nicht grundsätzlich kritisiert und in Frage stellt, sondern ihn immer nur an der Elle des Idealstaates mißt. Deshalb sucht man die 'inhaltliche Diskussion' (Eva Michels) und glaubt an seine 'Bekehrung' durch die 'besseren Argumente'.

<sup>13</sup> Sigmund Freud: *Massenpsychologie und Ich-Analyse* (1921), in: Ders., Studienausgabe Bd. 9, Ffm. 1974, 61-135; dort: 65

<sup>14</sup> Erich Fromm: Über Methode und Aufgabe einer analytischen Sozialpsychologie, in: *Zeitschrift für Sozialforschung* 1 (1932), 28-54; dort: 34

Bricht nun aber in der Friedensbewegung die Wut durch, wird Aggressivität frei, so muß man sich schleunigst von ihr distanzieren. Da Gewalt verdrängt werden muß, kann man sich nicht mit ihr auseinandersetzen, ihre realen Ursachen klären und so zu einer klaren Einsicht in die gegenwärtigen Machtverhältnisse kommen. Die Folge: man zieht sich auf frühkindliche Konfliktlösungen zurück und spaltet die Friedensbewegung in einen guten, gewaltfreien Teil, der kräftig idealisiert wird (Eva Michels: „Dezentralität, Phantasie und Gewaltfreiheit“ sind die „mächtigsten Widerstandsformen“ der Friedensbewegung) und in einen bösen, gewalttätigen Teil, auf den die Aggressionen projiziert werden und der entsprechend ausgegrenzt werden muß (Eva Michels: „Meine persönliche Meinung ist, daß das Vorgehen der Polizei in Krefeld berechtigt war“). In entstellter und verschobener Form bricht das Unbewußte durch: Die verdrängte Wut richtet nicht auf den wirklichen Verursacher, den Staat, sondern auf die Autonomen und Antiimperialisten, die den Staat bekämpfen.

Um sich vor dem 'bösen' Objekt (den Krefelder „Krawallbrüdern“) zu schützen, geht man ganz auf die Seite der idealisierten Elternimago – und das bedeutet in dieser Situation: auf die Seite des Staates. Wie Loccum zeigt, arbeiten diese Standleitungspazifisten eher mit ihm und seiner Polizei zusammen als mit dem nicht gewaltfreien Teil der Friedensbewegung. Die Front verläuft daher jetzt nicht mehr zwischen Staat und Friedensbewegung, sondern sie wird innerhalb der Friedensbewegung errichtet: ein Phänomen, das die gesamte Debatte um Krefeld und Loccum prägte.

Aber auch die Autonomen und Antiimperialisten reagieren mit Spaltungsphantasien. Im Gegensatz zum gewaltfreien Teil der Friedensbewegung, der sich dem Ich-Ideal unterwirft und so fest an Autoritäten gebunden ist, nimmt dieser Flügel die Auseinandersetzung mit dem Staat auf.<sup>15</sup> Um diesen Konflikt bestehen zu können, aktualisieren sie unbewußt frühkindliche Phantasien.

Sie begreifen sich als die einzigen wirklichen Kritiker des Staates und sehen nur sich als wirksame Friedensbewegung an (Karsten: „Reaktionen haben nur die 2000 Autonomen erreicht“). Damit produzieren sie völlig realitätsferne Größenphantasien und betonen die Grandiosität ihres Selbst. Alles Böse wird abgespalten und auf den Gegner (in diesem Fall der Staat, die Polizei oder der US-Imperialismus) projiziert, den man dann mit allen Mitteln zu vernichten sucht. Da dieses realitätsferne Verhalten immer wieder Niederlagen hervorruft, stabilisieren sie ihr Größenselbst auf andere Weise. Sie begreifen sich als Opfer, das verfolgt wird, weil es als einziges wirksamen Widerstand betreibt – und diese Situation erlaubt dann wieder die Ausbildung von Größenphantasien: der gerechte Märtyrer, der in einer aussichtslosen Situation aufrecht und heldenhaft untergeht. Man könnte sagen: die Niederlage wird gesucht, um die Größenphantasie zu erhalten. Deshalb greifen die Autonomen und Antiimpis den militärisch-technischen Komplex bzw. den Staat genau da an, wo er am stärksten ist: an der militärischen Front.

Alles andere, was nicht in diese Weltsicht, die letztlich nur der Stabilisierung des Größenselbst dient, paßt, wird ausgeblendet, verleugnet oder abgespalten. Dieser Mechanismus strukturiert dann unbewußt das Verhalten der Autonomen und Antiimpis zur Friedensbewegung: sie wird nur als etwas gesehen, das das Größenselbst stärkt (wir tollen militanten Hechte im Gegensatz zu den „linksintellektuellen Bücherwürmern und Friedenstänzern hier im Land“ bzw.: die Friedensbewegten, die mit der Polizei verhandeln und zusammenarbeiten wollen, stärken die Opfer- und Märtyrerrolle, denn man fühlt sich von allen, selbst vom eigenen Lager, zu Unrecht verraten und verkauft).

Weite Teile der Friedensbewegung – so könnte man das vorherige zusammenfassen – greifen in Konfliktsituationen auf Spaltungsphantasien zurück, um die Realität zu erfassen. Die Folge ist kein realitätstüchtiges Verhalten, sondern ein Verhalten, das sich unbewußt aus frühkindlichen magischen und irrationalen Konfliktlösungsstrategien speist und realitätsferne (politische) Konsequenzen mit sich bringt. Das aber sind die unbewußten Triebkräfte, die verantwortlich dafür sind, daß die Gewaltfrage in der Friedensbewegung aktuell ist: nicht weil sie auf der Tagesordnung steht, sondern weil hier verdrängte Inhalte an die Oberfläche drängen.

## Ergebnis

Die psychoanalytische Deutung des Verhaltens großer Teile der Friedensbewegung wird Widerspruch hervorrufen. Man wird behaupten, daß es hier um Politik und nicht um Psychologie geht, man wird die Arroganz der Psychoanalyse beklagen und ihre Kategorien belächeln.

Dies ändert aber nichts an der Tatsache, daß das Verhalten des einzelnen mitbestimmt wird durch seine frühen Erfahrungen, seine Ängste und Wünsche, Konflikte und Verhaltensstrategien. Diese in der frühen Kindheit ausgebildeten Verhaltensweisen scheinen später immer wieder auf und strukturieren unbewußt das Verhalten des einzelnen, unter anderem auch sein politisches

<sup>15</sup> Dies hängt damit zusammen, daß dieses zahlenmäßig kleine Spektrum eine andere psychische Entwicklung durchlaufen hat als der Großteil der Bewegung. Da die schichtspezifische Zusammensetzung der Autonomen und Antiimperialisten allerdings bisher nicht genügend geklärt, vielleicht auch gar nicht einheitlich ist, können wir keine allgemeinen Angaben über die sozioökonomischen Ursachen ihres Verhaltens machen.



Handeln.

Wer diesen Sachverhalt leugnet, übersieht einen wesentlichen Teil der Faktoren, die politisches Handeln beeinflussen, es bestimmen. Da politisches Handeln aber, bewußtes, realitätsgerechtes Handeln sein muß, gilt es, auch diese verdrängten Anteile bewußt zu machen. Denn das Verdrängte kehrt in entstellter Form wieder und beeinträchtigt den Rationalitätsgehalt der Politik. In diesem Sinne gilt auch für die Politik, was Freud für die Einzelperson gefordert hat: „Wo Es war, soll Ich werden“.